



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2021

”Settig Mannä mümmer ha”

Dommann, Monika

Other titles: Wenn Frauen stimmen wollen

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-204269>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Dommann, Monika (2021). ”Settig Mannä mümmer ha”. UZH magazin: die Wissenschaftszeitschrift, (2):60-63.

«Settig Mannä mümmer ha»

Im Innerschweizer Dorf, in dem Monika Dommann aufgewachsen ist, wurde das Frauenstimm- und Wahlrecht auch 1971 noch verworfen. Die Historikerin über den Gleichstellungskampf in den USA und Grossbritannien, der nach dem Ersten Weltkrieg zum Erfolg führte, und über die Gründe für die Rückständigkeit in der Schweiz.

Text: Monika Dommann

Als ich 1966 geboren wurde, durfte meine Mutter nicht abstimmen und nicht wählen. Das noch bis 1985 geltende Eherecht bestimmte meinen Vater als Oberhaupt der Familie. Er durfte entscheiden, in welcher Wohnung unsere Familie lebt und es war in seiner Macht zu entscheiden, ob meine Mutter ausserhalb des Hauses arbeiten durfte.

Als 1971 die Schweizer Männer das Frauenstimm- und Wahlrecht in der Schweiz endlich angenommen hatten (mit 65.7% Ja-Stimmen), hatten die Männer des Innerschweizer Kantons, in dem ich geboren wurde, zwar ebenfalls zugestimmt (mit 59.9% Ja-Stimmen). Doch das kleine Dorf im Kanton Zug an der Grenze zum Kanton Schwyz, in dem wir lebten, hatte das Frauenstimm- und Wahlrecht nochmals (und vergeblich) abgelehnt. Von den 798 Walchwiler Männern, die an die Urne gegangen waren, hatten bloss 45% ja gestimmt.

Als 1973 ein Mann aus unserem Dorf zum Bundesrat gewählt wurde, durfte meine Mutter zwar abstimmen und wählen und ich war sehr stolz, als wir «unseren» Hans Hürlimann nach der Wahl im Dorf feierlich auf dem Schulhausplatz empfangen durften. Als ich im Kinderchor inbrünstig das eigens für den Anlass komponierte Lied vortragen durfte, dämmerte es mir allerdings, dass weder meine Mutter noch ich in der Politik mitgemeint waren: «Hü Hü Hürlimaa. Settig Mannä mümmer haa. Hü Hü Hürlimaa. Bäumig wird er häre schtaa», sangen wir da im Refrain. So hatte es die Natur vorgesehen. Ein Mann, so stark und gross wie ein Baum, mit

einer klassisch katholisch-konservativen Politikerkarriere: einer der sechs alten Familien im Dorf entstammend, Klosterschule, Studium der Jurisprudenz, Aufstieg in der CVP und auch im Militär ganz weit oben.

Die Frage des Ausschlusses von Frauen in der Schweiz von den politischen Rechten des Verfassungsstaates von 1848 und die Persistenz der patriarchalen Geschlechterordnung in der Familie ist auch in den diesjährigen Ausstellungen, Publikationen und Podiumsdiskussionen zum 50-jährigen Jubiläum der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts wiederholt gestellt worden. Warum dauerte es in der Schweiz besonders lange, bis dieses Unrecht behoben wurde? Wie stehen die Schweizer Frauenstimmrechtsbewegung und das Frauenstimm- und Wahlrecht denn im internationalen Vergleich da? Warum gehörten Innerschweizer Dörfer wie Walchwil zu den besonders rückständigen? Und können wir fünfzig Jahre nach der ominösen Abstimmung vom 7. Februar 1971 davon ausgehen, dass damit die Gleichstellung in der Schweiz gesichert worden ist?

Proteste gegen Männerprivilegien

Die internationale Geschichte des Frauenstimmrechts ist bezeichnenderweise nicht von der Rechtsgeschichte oder der Politikgeschichte angestossen worden, sondern von der Geschlechtergeschichte, die das Zusammenspiel der Sozialkategorien *class, race* und *gender* auf die Forschungsagenda setzte. Feministische Historikerinnen hatten seit den 1970er-Jahren darauf hingewiesen, dass Frauen in den modernen Verfassungsstaaten von den demokratischen Rechten ausgeschlossen wurden. Ihnen wurde von Beginn weg signalisiert, dass Staatsbürgerrechte keine Frauenrechte sind. Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte es Stimmen wie jene von Olympe de Gouges gegeben, die gegen die neuen Männerprivilegien protestierten und gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger forderten. 1848 verlangten in den USA rund hundert Männer und Frauen in Seneca Falls (NY) in einer «Declaration of Sentiments» neben sozialen und zivilen Rechten auch das aktive und passive Wahlrecht. Diese Erklärung markierte rückblickend den Beginn einer transnational vernetzten Frauenrechtsbewegung.

Aus international vergleichender Perspektive hat die Geschlechterhistorikerin Gisela Bock argumentiert, dass immer dann, wenn die Demokratisierung der Wahlrechte für Män-

ner auf der Tagesordnung stand, der Ruf nach Frauenrechten laut wurde. Die Auseinandersetzungen um das allgemeine Wahlrecht waren ein Treiber der Frauenwahlrechtsbewegung. In den USA formierten sich die ersten suffragistischen Organisationen keineswegs zufällig in den Jahren nach dem Bürgerkrieg, als erstmals das Wahlrecht für schwarze Männer diskutiert wurde. Aus der *Negro's Hour* sollte auch eine *Woman's Hour* werden. Es zeigte sich aber bereits, dass die Allianzen von schwarzen und weissen Frauenrechtsorganisationen in der gemeinsamen Abolitionsbewegung zur Abschaffung der Sklaverei nicht frei von Rassismus waren und nach dem Bürgerkrieg auch brüchig wurden. Die afroamerikanische Literatin und Aktivistin Frances Harper brachte die Differenzen und die ungleichen Erfahrungen in Bezug auf die Sozialkategorien *race* und *class* in einer Rede in New York 1866 auf den Punkt und sprach auch den Rassismus der weissen Frauen an: «You white women speak here of rights. I speak of wrongs.»

In Grossbritannien waren es die Debatten um den Reform Act von 1865, der das Wahlrecht erstmals auch auf Männer aus der Working Class ausdehnte, die zur Entstehung des Woman's Suffrage Committee führten. Auch in der Schweiz wurde 1868 (angeregt durch die Genferin Marie Goegg-Pouchoulin) die erste Frauenrechtsorganisation (die Association internationale des femmes) gegründet. Befürworterinnen und Befürworter einer Gleichberechtigung der Frauen haben in den 1860er-Jahren ihre Forderungen in die Diskussionen um Verfassungsreformen im Kanton Zürich einzubringen versucht und volle bürgerliche Rechte für alle Frauen ab zwanzig verlangt. Während die Pressefreiheit, eine kostenlose Volksschule und eine Kantonalbank Einzug in die neue Zürcher Verfassung fanden, konnten die Frauen nicht von der Verfassungsreform profitieren.

Der internationale Vergleich zeigt, dass die Organisationen, die sich für die politische Gleichstellung der Frauen einsetzten, sich gegenseitig inspirierten, international vernetzt waren und die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung des Wahlrechts für Männer mit der Forderung nach Wahlrechten für Frauen zu verknüpfen vermochten.

«Failure Is Impossible»

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten sich die Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in den USA von den Strategien der Arbeiterbewegungen inspirieren lassen und den Kampf um Frauenrechte publikums- und medienwirksam auch auf die Strasse getragen. Besondere Aufmerksamkeit kam der Parade in Washington DC zu, die geschickt auf den 3. März 1913,

dem Tag vor der Inauguration von Woodrow Wilson, angesetzt wurde. Auf den Paraden trugen die Frauen Banner der National Woman's Party mit sich, die sie in goldenen, purpurnen und cremefarbenen Tönen von Hand angefertigt hatten, mit eingestickten Parolen wie «Failure is Impossible». Die Parolen auf den Bannern der National Woman's Party waren kämpferisch und von einer Zuversicht auf eine siegreiche Zukunft geprägt.

Während bis im ausgehenden 19. Jahrhundert die Forderung nach Frauenrechten in einer genuin liberalen Tradition verwurzelt waren, verändert sich nach 1900 das Verhältnis zwischen Liberalismus, Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. Sozialistinnen wurden nun aktiv und nahmen das Heft in die Hand. Auch in der Schweiz wurden lokale Arbeiterinnenkomitees gegründet. Die Sozialdemokratinnen und -demokraten konnten sich dazu durchringen, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht auf ihre politische Agenda zu setzen. Die Einführung des Frauenstimmrechts stand auch auf der Liste der Forderungen des Oltener Aktionskomitees während des Generalstreiks von 1918. In einigen Kantonen (Neuenburg, Zürich, Baselstadt) kam es 1920 zu Abstimmungen über die Einführung eines integralen Stimm- und Wahlrechts auf kantonaler Ebene. Die Vorlagen wurden überall und auch in nachfolgenden Abstimmungen in anderen Kantonen verworfen.

Die Berner Historikerin Brigitte Studer hat sich mit der Geschichte des Frauenstimm- und Wahlrechts in der Schweiz beschäftigt und dabei auch das Bildprogramm der Plakate in den Auseinandersetzungen zwischen 1920 und 1971 analysiert. Aus den Abstimmungskämpfen um 1920 sind einige aussergewöhnliche

Plakate überliefert, die an die Hoffnung auf eine progressive Wende in der Zwischenkriegszeit erinnern. Aussergewöhnlich sind die Plakate deshalb, weil sie von Frauen gestaltet wurden und weil sie eine Bildsprache verwendeten, die nicht bei der Rolle der Frau als Mutter ansetzte, sondern eine symbolische Bildsprache für Freiheit und gleichberechtigte Verantwortung schufen. Die Grafikerin Dora Hauth-Trachsler gestaltete 1920 ein Plakat für das Frauenstimmrecht, das auf die Waage als Symbol der Gerechtigkeit und das Pferd als Symbol der Freiheit und damit in aufklärerischer Tradition an den Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit erinnerte. Ein von Margrit Gams ebenfalls 1920 entworfenes Plakat zeigt einen Mann und eine Frau, die gemeinsam als Säulen die Staatsverantwortung tragen.

Die Frage bleibt: Warum führten die langen Kämpfe etwa in den USA und Grossbritannien nach dem Ende des



Kampf um Frauenrechte: Florence Jaffray «Daisy» Harriman trägt an einer Parade 1913 in Washington DC ein Banner mit dem Slogan «Failure Is Impossible».

Es wäre naiv, aus der Geschichte des Kampfs um das Frauenstimm- und Wahlrecht zu folgern, dass es eine fortschreitende Geschichte der Demokratisierung von Wahlrechten gibt.

Ersten Weltkriegs zum Erfolg, während die Schweizer Frauen trotz Engagement der bürgerlichen Frauenrechtsvereine und des Kampfs der Arbeiterinnen- und Arbeiterkomitees noch bis 1971 warten mussten?

Rückständige Schweiz

Brigitte Studer hat argumentiert, dass nicht bloss Misogynie und Antifeminismus für das Scheitern des Kampfes um das Frauenstimm- und Wahlrecht verantwortlich waren. Das Frauenstimmrecht sei eben nicht nur eine Geschlechterfrage, sondern auch eine politische Frage gewesen. Studers Überlegungen zur Frage nach den Gründen des Scheiterns liefern Antworten zur Frage der Schweizer Rückständigkeit. Eine Erklärung liegt im politischen System der Konkordanz, das 1891 mit der Aufnahme des ersten katholisch-konservativen Parteivertreters etabliert wurde. Nach dem Generalstreik, wo

im Neun-Punkte-Programm auch die Forderung nach dem Frauenstimmrecht erhoben wurde, hätte es ein kurzes Zeitfenster gegeben, um die Demokratie zu reformieren und Demokratiedefizite zu beheben. Nach der durch eine Volksinitiative erkämpften Einführung des Proporzwahlrechts 1918 hatte die freisinnige Partei erstmals die Möglichkeit erwogen, die Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung einzubinden.

Doch der Freisinn optierte für eine bürgerliche Regierungskoalition. Diese Sicherung des bürgerlichen Regierungsblockes hatte für die Frage des Frauenstimm- und Wahlrechts fatale Folgen. Die Eliten der Freisinnig-Demokratischen Partei standen der Frage des Frauenstimmrechts zwar grundsätzlich offener gegenüber als die anderen bürgerlichen Parteien. Freisinnige Politiker waren in vielen Fällen auch familiär mit Frauenrechtlerinnen verbunden. Mit Vorlagen zu Gunsten



maz
DIE SCHWEIZER JOURNALISTENSCHULE

Bild: Chuttersnap, Gestaltung: supersonix

CAS Wissenschaftsjournalismus
**Komplexe Zusammenhänge
attraktiv vermitteln**

www.maz.ch/wissenschaftsjournalismus

MAZ – Die Schweizer Journalistenschule, Murbacherstrasse 3, Luzern, www.maz.ch



NEUE SCHULE ZÜRICH
seit 1942

Ziel Matura

Gymnasium | Sekundarschule A
Mittelschulvorbereitung → www.nsz.ch

...von der 1. Sek bis zur Matura
im Hochschulquartier

der Einführung des Frauenstimmrechts hätten sie sich aber in Konflikte mit den konservativen Koalitionspartnern (der Katholisch-Konservativen Partei und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) begeben müssen. Es war also, so argumentiert Studer, massgeblich der Sicherung der bürgerlichen Macht durch den Freisinn geschuldet, dass die Option der Ausarbeitung einer Vorlage zur Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts im Parlament für die Konkordanz geopfert wurde.

«Göttliche Ordnung»

Damit kommen wir wieder zurück zu meinem Innerschweizer Dorf, wo die Männer noch 1971 das Frauenstimm- und Wahlrecht an der Urne verworfen hatten. In diesen Regionen wurde die traditionelle Geschlechterordnung als eine «göttliche Ordnung» begriffen, wie es der gleichnamige Film von Petra Volpe von 2017 auf den Punkt gebracht hat. In den katholisch-konservativen Stammlanden war der weibliche Ausschluss von den staatsbürgerlichen Rechten konstitutiv für die Gesellschaftsordnung. Die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts wurde als Angriff auf das Patriarchat verstanden.

Es war in der Schweiz (wie etwa auch in Frankreich) der Etablierung des Verfassungsstaates geschuldet, der (anders als etwa in den USA oder Grossbritannien) alle Männer (mit Schweizer Staatsbürgerschaft) inkludierte und alle Frauen exkludierte, dass Staatsbürgerrechte so lange exklusiv als Männerrechte konzipiert waren. Die Kämpfe und die Inklusion der Unterschichten und der

Afroamerikaner und die Auseinandersetzungen um *race* und *class* in den USA und Grossbritannien ermöglichten es den Frauenrechtsorganisationen, die Frage von *gender* zu artikulieren. Demgegenüber entfiel in der Schweiz und in Frankreich für Männer die Notwendigkeit, den Kampf für die Demokratisierung des Wahlrechts in Allianz mit der Frauenbewegung zu führen.

Es wäre naiv, aus der Geschichte des Kampfs um das Frauenstimm- und Wahlrecht zu folgern, dass es eine fortschreitende Geschichte der Demokratisierung von Wahlrechten gibt. Es gibt leider keinen Sockel der Demokratie, wo allen die Partizipation und Verantwortung im Staat und in der Politik zusteht, anders als es die Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtler nach 1900 noch geträumt hatten. Die Gewährung von staatspolitischer Gleichstellung zu Gunsten der Armen, der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner, der Frauen oder der Migrantinnen und Migranten wurde und wird immer in politischen Konstellationen mit Machtgefügen verhandelt. Failure is possible! Immer.

Monika Dommann ist Professorin für Geschichte der Neuzeit an der UZH.

Gisela Bock: *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis*; Göttingen 2014.

Brigitte Studer: *Das Frauenstimm- und Wahlrecht in der Schweiz 1848–1971*; Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 26,2 (2015), S. 14–40.

Brigitte Studer: *La conquête d'un droit. Le suffrage féminin en Suisse (1848-1971)*; Neuchâtel 2021.

ETH zürich



Wissenschaft
ist weiblich.



Die App ETH Zürich Tours führt Sie über den Campus Höggerberg. Und zu den Frauen an der ETH Zürich. Jetzt herunterladen.